

Zeuthen, den 25. November 2012

Kurt Friedrich Neubert Heinrich-Heinestr-Straße 47c 15738 Zeuthen

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Offener Brief an die Frau Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
Sehr geehrte Frau Dr. Angela Merkel,

*Sterne benötigen die Dunkelheit der Nacht, um zu leuchten.
Die Bundesrepublik Deutschland benötigt die staatlich verordnete
Dämonisierung der verblichenen DDR; um als Hort
von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten zu strahlen.*

ich wähle als 88-jähriger den offenen Brief, damit mein Anliegen zur Rentenpolitik der ehemaligen Bürger der DDR in unserem Lande, nicht in Ihrem Vorzimmer von einem Ihrer Beamten, gleich einer Kinder-Sandburg an der Ostsee, weggespült wird.

Alle Gedanken dieses Briefes, verehrte Frau Bundeskanzlerin, die ich schriftlich in diesem Brief als ehemaliger Bürger der DDR darlege, entsprechen meinen persönlichen Vorstellungen von Freiheit, die in der BRD noch ein sehr wertvolles Gut darstellt. Ich darf Ihnen auch mitteilen, dass ich 22 Jahre Angehöriger der NVA-Grenztruppen war.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich möchte Sie höflichst daran erinnern, dass Sie versprochen haben, in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentengebiet zu schaffen. Es bleibt Ihnen nur noch wenig Zeit, Ihrem Versprechen Taten folgen zu lassen, gleichwohl schon im Einheitsvertrag vom 31. August 1990 gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West versprochen wurden. Aber wie ich der Presse entnehmen konnte, hat die schwarz/gelbe Regierung eingestanden, die Rentenangleichung von Ost an West fallen zulassen. Ist Ihr Wort, Frau Bundeskanzlerin, noch einen Heller wert? Bleibt, trotz versprochener blühender Landschaften von Altkanzler Kohl und Ihrer Rentenangleichung, nichts als seelenlose Luft? Interessieren Sie sich überhaupt für die Existenzprobleme der Lohnempfänger, die hart arbeiten und mit 67 in die Rente verfrachtet werden, um danach ein ärmliches Rentner-Leben führen zu müssen? Ist Ihr entfesselter Geist nur noch für die schamlose Gier der transnationalen Konzerne und Finanzhaie zuständig, denen man zig Milliarden in das gefräßige Maul schiebt und das Volk die Zeche zu bezahlen hat? Deutschland hat eine parlamentarische Demokratie, laut Grundgesetz. Verfällt der Parlamentarismus in unserer Zeit zum Parlamentarismus des Kapitals? Sie kennen mit Sicherheit aus Ihrer gelebten DDR-Zeit noch das Gesetz der unheiligen Wirtschaftsordnung des Kapitals, das sich nur auf Profit, Geldgier und Konkurrenz gründet. Ist dieser Zustand alternativlos? Ihre sittliche Pflicht, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, besteht doch als Kanzlerin aller Deutschen darin, mit der schwarz/gelben Mannschaft, auch das Lohn- und Rentensystem zu einem wahrhaft solidarischen System zu reformieren, damit die paritätische Finanzierung der Rentenversicherung wiederhergestellt wird. Jede Ihrer Handlungen muss doch der Einheit des deutschen Volkes dienen, allen rüden Gegnern zuwider.

Betrachten wir gemeinsam die klaffende Wunde der Renten-Ungleichheit im *Beitritts-*gebiet. Es ist eine unumstößliche Tatsache, die Renten der ehemaligen DDR-Bürger hinken hinter denen der „Schwestern und Brüder“ der „alten“ BRD hinterher. Die ostdeutschen Landsleute wurden nicht nur durch die Treuhand, sondern auch beim Geldumtausch und bei der Rentenumstellung enteignet. Wissen Sie, dass die Lebensarbeitsleistung eines Ostdeutschen im Jahre 2012 um 11,23 Prozent niedriger bewertet wird, als eine Vergleichbare im Westen? Und mit der Betriebsrente liegt das gegenwärtige Rentenniveau Ostdeutscher 18% hinter dem der Westdeutschen. Die Folge wird nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sein, dass im Jahre 2020 ein Ostdeutscher im Durchschnitt 600 Euro Rente erhält, und ein Westdeutscher 1000 Euro. Ist das Rentengerechtigkeit? Deutschland ist superreich. Nur vom überquellenden Reichtum der letzten zwanzig Jahre, wanderte zu wenig in die Rentenkassen, er floss in die Taschen der 830.000 Millionäre und Milliardäre. So wächst der Reichtum der Millionäre jährlich um 8% und der der Milliardäre sogar um 10%. Wie zitierte Papst Benedikt XVI. im Bundestag des vergangenen Jahres? „Im ersten Buch der Könige wurde erzählt, dass Gott dem jungen König Salomon bei seiner Thronbesteigung eine Bitte freistellte. Was wird sich der junge Herrscher in diesem Augenblick erbitten? Erfolg – Reichtum – langes Leben – Vernichtung der Feinde? Nicht um diese Dinge bittet er, er bittet: Verleih deinem Knecht ein hörendes Herz, damit er dein Volk zu regieren und das Gute vom Bösen zu unterscheiden versteht.“

Wäre es nicht toll, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie schöpferischen Geistes und hörenden Herzens Ihr Versprechen doch noch für Ihre ostdeutschen Landsleute wahr machen würden und an den Ketten rütteln, die dem Gleichheitsgesetz entgegen stehen? – Oder soll die Lohn- und Rentenungerechtigkeit weiterhin zementiert bleiben, wo doch im Rententopf eine wachsende Reserve vorhanden ist. Ist es nicht so, dass nicht zu viel Geld im Rententopf ist, sondern zu wenig in den vergangenen Jahren ausgegeben wurde? Deutschland hat eine einheitliche Rentenversicherung und ein einheitliches Sozialgesetzbuch, sowie einen einheitlichen Rentenbeitrag. Die gesetzliche Schwankungsreserve ist vorhanden. Außerdem sind noch 2,7 Milliarden mehr drin. Mit diesen 2,7 Milliarden Euro könnte der Rentenwert der fünf Millionen Rentner im Osten um vier Prozent, von 24,92 auf ca. 25,91 Euro angehoben werden. Es wäre ein großer Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der Einheit. Erinnern Sie sich noch des Getöns von Norbert Blüm, Ihrem Parteifreund und ehemaligen Bundessozialminister: „denn eins ist sicher: Die Rente.“ Ist es nicht beklemmend, dass nach dem *Beitritt* der DDR zur BRD, eine verfehlte Rentenpolitik betrieben wurde. (Die DDR als Konkurrenzsystem war verschwunden) Eine Überleitung der DDR-Renten hat es nie gegeben. Ansprüche wurden liquidiert. 1992 wurde die Rente für die ehemaligen Bürger der DDR neu berechnet. Dabei wurden einzelne Berufsgruppen sogar vergessen, andere Personen mit einer Strafrente belegt. Und mit Rot-Grün, unter dem damaligen Kanzler Schröder, schuf der Lobbyist Peter Harz, zum Wohle der herrschenden Monopol-Klasse, die Terror-Agenda-2010. Die mit der Agenda verbundenen zwei Absenkungen des Rentenniveaus, sind nicht nur menschenverachtend, sie verstoßen auch gegen Artikel 1' GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, und gegen Art. 20 GG, dem Sozialstaatsgebot. Schrittweise soll die Rente bis auf 43 Prozent abgesenkt werden. Gegenwärtig liegt es bei 50 Prozent. Zum Wohl der Banken sollen die Lohnempfänger privat *riestern*. Aber gerade die es nötig hätten, erhalten einen Hungerlohn, so dass sie trotz Arbeit, in Armut leben und nicht in der Lage sind, privat vorzusorgen. Die Ursache: Die sogenannten Arbeitgeber (Privateure) zahlen ausbeuterisch ungerechtfertigt niedrige Löhne. (Privat kommt aus dem Lateinischen und heißt rauben) Die Armut im Alter ist in einem der reichsten Länder der Welt vorprogrammiert. Diese Menschen sind existenzgefährdet und den Nötigungen der Bundesagentur ausgeliefert. So gären nach den Freiheitsvorstellungen des Bundespräsidenten

Joachim Gauck, mit der Pogromnacht der Nazi-Horden von 9. November 1938 mit dem Mauerfall 1990. Wesen Freiheit meint Herr Gauck? Die Freiheit der Wölfe, oder die Freiheit der Schafe? wie einst ein USA-Präsident meinte. „Der Mensch kann nicht bald frei und bald Sklave sein“, wie Jean-Paul Sartre schreibt. Was ist der Mensch in der Bundesrepublik eigentlich, Frau Bundeskanzlerin? Sie wären gut beraten, wenn sie sich frei von den Marktfundamentalisten und ihrer Profitmaximierung und der rot-grünen Variante des deutschen Imperialismus und ihrer Strategie, der neoliberalen Sozialstaatszerstörung verabschieden würden. Kehren Sie im geistigen Aufschwung von der Selbstentmachtung der Politik ab. Mit einem Bundestagsbeschluss könnte glaubhafte Gerechtigkeit für die Rentner im Osten hergestellt werden. Sie müssen es nur wollen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie legten einst den Amtseid ab und schworen zum Schluss: „So wahr mir Gott helfe.“ Und im „Vaterunser“ beten Sie als Christin u.a.: „Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden.“ Ist es der Wille Ihres Gottes, dass die schwarz/gelbe Regierung die Lohn- und Rentenungerechtigkeit beibehält? Und Sie beten weiter: „Und vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern.“ Wollen Sie und Ihre Mitstreiter nicht endlich dem christlichen Gebot folgen und vergeben? Was hat das Christentum für einen Wert, wenn es im Hochmut bedenkenlos im elitären Dünkel der Verunglimpfung von ehemaligen DDR-Bürgern benutzt wird? Ich ergänze meine Gedanken als Atheist: Das Ideal einer Gerechtigkeit für alle Menschen ist wohl nirgendwo zu realisieren, aber eine Annäherung ist möglich, auch unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Eine Spruchweisheit: Der Feind der Eigentümerfreiheit ist die Gleichheit.

Wo bleibt eigentlich das menschliche Antlitz im Kapitalismus?

In meiner Schulzeit (1930 bis 1938) wurde mir vermittelt, unsere gemeinsame Heimat, nennen wir unser Vaterland. Und unsere gemeinsame Sprache, ist unsre Muttersprache. Vater und Mutter sind uns das Teuerste. Und wir lieben unser Vaterland in guten wie in schlechten Zeiten. So blickte ich auf mein Vaterland, auch wenn 1933 die Macht in Deutschland an Hitler mit seiner faschistischen Partei übergeben wurde. Was ich damals weder ahnte noch wusste, Lehrer, Staatsdiener und Medien haben die Aufgabe, schon von Kindesbeinen an, das Denken der Menschen so zu beeinflussen, dass sie treue Untertanen des jeweiligen Staates werden und zu den Damen und Herren der Führungsschichten aufblicken. Und vom Volk sind staatschädigende- oder staatsgefährdende Ansichten fernzuhalten. Später erkannte ich, feindliche Staaten sind zu diffamieren und in ihrem Ansehen herabzuwürdigen. Der Feind ist das Böse und der eigene Staat das Gute. So war es auch in den Jahren des Faschismus. Frankreich z.B. war der „Erbfeind“. Und da ich in meiner jugendlichen Unbedarftheit, flammend für das deutsche Vaterland stand, wurde ich willenlos getrieben, ein braver Hitlerjunge zu werden, der sich hingebend freiwillig zur deutschen Wehrmacht meldete. Nach vier Jahren Krieg und Kriegsgefangenschaft, hatte ich vom deutschen Vaterland des Kapitals für immer die Nase voll ... Nach Cicero. „Gespräche in Tusculum“, 5,37. (ubi bene, ibi patria, wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland). Leider denken zu viele Menschen so. Daher jagen sie bedenken- und endlos den kleinen Lebensgenüssen dieser Konsumgesellschaft hinterher ...

Darf ich Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, auch an die maßlosen Verbrechen erinnern, die vom deutschen Nazismus ab 1933 übermächtig an Pazifisten, Marxisten, Demokraten, Juden, Sinti und Roma usw. in Deutschland begangen wurden? Und den jüdischen Bürgern, von der Nazi-Dämonie besonders gehasst, verfolgt und gejagt, kürzte man in heiliger Raserei ohne Erbarmen die Rente. Und was geschah 1990, nach dem *Beitritt* der DDR zur Bundesrepublik mit einem Teil der ehemaligen Bürger der DDR? Diesen

Ehemaligen, einst in der DDR an verantwortlicher Stelle tätig, wurden nach der Brautnacht, dem *Beitritt*, der westdeutschen Geschichtsdoktrin entsprechend, die Rente gekürzt, gleichwohl Art. 3 GG (Gleichheit vor dem Gesetz und Art. 33 GG Staatsbürgerliche Gleichstellung aller Deutschen) der Kürzung entgegen steht. War die Rentenkürzung der damaligen Kohlregierung an ehemaligen Bürgern der DDR dem Faschismus gleich? – Nein! Vergleichen heißt nicht gleichsetzen. Aber der Makel des politischen Rentenstrafrechts bleibt am Rechtsstaat BRD hängen. Bei Hitler mussten aus Rassen Gründen die Juden mit einer Rentenkürzung bestraft werden. Den missliebigen ehemaligen Bürgern der DDR ging man anders an den Kragen. Die Klasse der Ausbeuter hatte mehr als vierzig Jahre keine Möglichkeit die Werktätigen der DDR auszupressen. Hinzu gesellt sich die Angst vor der verblichene DDR und der Gedanke an Sozialismus/Kommunismus. Das raubte und raubt bestimmten Schichten in Deutschland den sachlichen intellektuellen Verstand. Daher auch die dumpfe und anmaßende Delegitimierung der untergegangenen DDR. In Nibelungen-Treue, wie es die deutschen Richter schon immer waren, forderte am 23. September 1991 der damalige Justizminister Kinkel auf dem Richtertag:

„Ich baue auf die deutsche Justiz. Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus der antifaschistischen Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und – zu Recht – nie wieder erstehen lassen wollte.“ (Deutsche Richterzeitung, 1992, s. 4f.)

Delegitimierung hieß die Grundwerte der Demokratie verletzen und einen Kreuzzug gegen die verblichene DDR zu führen. Das bedeutete: Den Boden geschichtlicher Wahrheit zu verlassen. Eine Hexenjagd auf antifaschistische Gesinnung führen! Die Wahrheit über die DDR maßlos beugen und verbiegen. Auch Volksverhetzung und Gesinnungsterror betreiben. Schauer-Märchen erfinden. Gemeinste Verbrechen den ehemaligen Angehörigen des Ministeriums der Staatssicherheit (Stasi) andichten, wie Folter, radioaktive Bestrahlung zur Auslösung von Krebs, Elektroschocks usw. Kain erschlug seinen Bruder Abel. Das ist die Geschichte des Brudermordes. Mit dem *Beitritt* glaubten die Eroberer, das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen zerstören zu können und über die ehemaligen Friedenssoldaten der DDR ein Strafgericht verhängen zu müssen. Ist es nicht sonderbar, dass dem Verteufeln und dem Hetzgeschrei, gegen den Erzfeind Stasi, das Ergebnis der mehr als zehnjährigen Ermittlungen der Staatsanwalt unter Staatsanwalt Schaefgen, zur Aufarbeitung von vierzig Jahren Staatsunrecht in der DDR besagt und bezeugt: es war anders. Das juristische Licht, bis in die tiefste Tiefe der Wirklichkeit der DDR eintauchend, besagt, dass bei 100.000 Gesamtbeschuldigten, es nur zu 1.212 Anklagen reichte. Und der Dämon Stasi, der Verfluchte, war trotz leidenschaftlicher, strafrechtlicher Verfolgung der westdeutschen Sieger-Justiz, in vierzig Jahren, mit nur 143 Straftaten, darunter, wie man bei Friedrich Wolff: „Einigkeit und Recht“ Seite 88 (edition Ost) ISBN 3-360-01062-0, nachlesen kann. Wollte man der Welt nicht anderes einflüstern? Aber beflügelt vom Übermaß zu delegitimieren, blüht die Seele der Hassgesänge aus Medusenhirnen in unverhohlener Furcht vor der überzeugenden Kraft der sozialistischen Idee noch immer fort.

Nicht Ausgleich und Harmonie stand auf der Agenda des *Beitritts* der DDR zur BRD. Unrühmlich der Raub des Volksvermögens der DDR-Bürger über die Treuhandanstalt. Aus 600 Milliarden DM Volksvermögen, hatte die Treuhand 200 Milliarden DM Verluste eingefahren. Wie schon gesagt, die Enteignung der Ost-Rentner wird noch heute Monat für Monat vollzogen.

Ist das die Überlegenheit der westlichen Zivilisation mit ihren Menschenrechten?

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, darf ich Sie fragen: Gilt seit dem vollzogenen *Beitritt* das Grundgesetz uneingeschränkt auch für die Ostdeutschen oder nicht? Ich entgegne Ihnen: Nein! Die Praxis der Regierungspolitik, seit Bundeskanzler Kohl so handelte, als gäbe es keine Gesetze und kein Grundgesetz, steht auch das Handeln der nachfolgenden Regierungen dem entgegen, gleichwohl das Grundgesetz keine Einschränkungen für Sozialisten, Kommunisten, für Geheimdienste, Systemtreue usw. enthält, wurde widergesetzlich gehandelt. Mit dem Rentenstrafrecht wurde und wird Lebensarbeitszeit enteignet. Kann man so die Vergangenheit bewältigen? Der willkürlichen Kürzung von Renten steht die Wertneutralität des Rentenrechts entgegen.

Am Beispiel meines ältesten Sohnes, Frank, 1947 geboren, möchte ich versuchen, Ihnen das als Gleichnis erhellend erklären, wie er Strafrentner wurde: Nach dem Zweiten Weltkrieg, den das verbrecherische faschistische Deutschland ausgelöst hatte, teilten 1945 die alliierten Großmächte Deutschland in Interessensphären, also in Zonen auf. Nach vier Jahren Kriegsteilnahme und meiner Kriegsgefangenschaft, kehrte ich 1945 in mein Heimatdorf und zu meiner Familie zurück, die dort schon immer sesshaft war. Konnte ich dafür, das dieses Dorf in der sowjetischen Zone lag und nicht irgendwo im Westen Deutschlands? Die Siegermächte bestimmten das Nachkriegsleben. Das war eben das Ergebnis des verbrecherischen Nazi-Krieges. Ich wurde wie alle Menschen dieser Zeit, ohne Pardon in die Umstände hineingerissen. 1946 heiratete ich und unser erster Sohn, Frank, 1947 geboren, wuchs im Umfeld der sowjetischen Zone und ab 1949 in der DDR auf. 1954 zogen wir von Eisleben nach Eichwalde, Kreis Königs Wusterhausen. Nach seiner Schulzeit und der Lehre als Elektriker, warb man meinen Sohn für das Wachregiment in Berlin. Was bewog den jungen Mann, seinen Wehersatzdienst 1966 dort anzutreten? Das Wachregiment des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) war in Berlin Adlershof stationiert. Es lag zwei S-Bahnstationen von Eichwalde, unserem Wohnort, entfernt. Für meinen Sohn war das ein Glücksfall, er hatte die Möglichkeit, in seiner Freizeit, seine Eltern, die ihm lieb und wert waren, zu besuchen. Außerdem gab es am Ort eine Freundin. So wurde er Angehöriger des Wachregiments des (MfS), dessen Aufgabe z. B. darin bestand, Objekte der Regierung zu bewachen, wie Sicherungsaufgaben bei Staatsbesuchen zu übernehmen. Vor seiner Entlassung, boten ihm die Vorgesetzten ein Studium an einer Ingenieur-Schule in Berlin an. Er nutzte das Angebot. Und nach dem erfolgreichem Abschluss, ernannte ihn seine Dienststelle zum Unterleutnant. Im Verlaufe seiner Dienstzeit wurde er Offizier für die Bereitstellung für Nachrichtentechnik. Nach seiner Kenntnis wurden in diesem Wachregiment keine geheimdienstlichen Aufgaben erfüllt. Er hat weder an Kriegs- noch an einer völkerrechtswidrigen Handlung teilgenommen, wenngleich an militärischen Übungen. Am 31. März 1990 entlassen, arbeitete er ab dem 01. April 1990 im Autowerk Ludwigfelde. Nach einem Jahr erfolgte die Entlassung in die Arbeitslosigkeit. Kapitalismus pur hatte ihn kalt erwischt und auf die Straße gesetzt. Um zu überleben, versuchte er sich ab September 1992 als selbstständiger Unternehmer. Er überlebte, mehr auch nicht. Zum *riestern* reichte das erwirtschaftete Einkommen auch nicht. Nun ist mein Sohn im Rentenalter und gehört zu den „Stasiverbrechern“ die mit einer Straffrente ihr Rentnerdasein zu fristen haben, gleichwohl er keine Kriegsverbrechen, (wie Oberst Klein z. B.) keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat, keine Rechte anderer verletzt und auch nicht gegen das Sittengesetz des Grundgesetzes verstieß. Entspricht die Straffrente (Enteignung von Lebensarbeitsleistung) Ihrem Rechtsverständnis, Frau Bundeskanzlerin? Wird die Würde meines Sohnes, wie anderer Strafrentner, nicht mit Füßen getreten ...? Ich darf einfügen: Für die Wehersatzdienstzeit erhält er ohne Einschnitte seine Rente. Aber für die nachfolgende Dienstzeit, gleichwohl sich die Dienstaufgaben nicht geändert hatten, erhält er Straffrente. Das ist politische Willkür und verstößt gegen das Gleich-

behandlungsgebot gem. Artikel 3 GG, und bedeutet Ausgrenzung eines ehrlichen und aufrechten Menschen.

In einem Rechtsstaat, so sagt man, gilt der Grundsatz: Ein Beschuldigter gilt solange als unschuldig, bis ihm eine Schuld nachgewiesen oder er rechtskräftig verurteilt wurde. Aber in der Bundesrepublik Deutschland, dem „Rechtsstaat“ werden landestypisch, nach dem „Stasi-Unterlagen-Gesetz“, unschuldige Menschen, nur weil sie einer ehemaligen DDR-Behörde z.B. dem MfS unterstellt waren, kollektiv mit Rentenabzug abgestraft. Wie gesagt, mein Sohn hat zu keiner Zeit Unredliches getan. Er hat nur dem Staat, in dem er aufgewachsen ist und eine Familie gründete, legitim als Offizier gedient. Und die Deutsche Demokratische Republik, (DDR) war genau wie die Bundesrepublik Deutschland (BRD), von der UN völkerrechtlich anerkannt worden. Entsprechend dem Grundlagenvertrag vom 21. September 1972, war die DDR kein „Teil Deutschlands“, sondern ein von Bonn anerkannter souveräner Staat und ein Völkerrechtssubjekt. 1990 aber setzten sich der ehemalige Bundeskanzler Kohl und seine Parteigänger, über die staatliche Souveränität der DDR hinweg, erzwangen ihren *Beitritt* zur Bundesrepublik Deutschland. Nach dem *Beitritt* wurde entsprechend dem Diskriminierungswillen vom Bundessozialminister Blüm u.a. das Rentenstrafrecht verfügt und im Bundestag beschlossen. Auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), der Delegitimierung der DDR verpflichtet, erfüllte ihren politischen Auftrag und verfügte, dass der Gesetzgeber die Arbeitsentgelde bestimmter Personengruppen der DDR wegen politischer Begünstigungen, begrenzen dürfe. Nicht die Eigentumsgarantie, wie es das Grundgesetz fordert, wurde eingehalten, sondern es wurde mit Sozialrecht vermischt. Dem Gesetzgeber erlaubte das BVerfG, günstigere Regelungen zu treffen. Möchten Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, nicht die Chance nutzen, um günstige Regelungen zu treffen und das Strafrecht im Sinne des GG beseitigen. Beweisen Sie, dass Ihr Handeln von Weisheit, Vernunft und Realismus bestimmt wird! Wissen Sie, Frau Bundeskanzlerin, dass der erste Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hermann Höpker-Aschoff, während der Nazi-Zeit, von 1939 an, kurz nach dem deutschen Überfall auf Polen zur Haupttreuhandstelle Ost berufen wurde, um beim sorgfältigen Plündern polnischen und jüdischen Eigentums aktiv dabei zu sein? Strafrecht kannte er auch nicht. (Nachzulesen in „Tabus der bundesdeutschen Geschichte“ Verlag Ossietzky GmbH)

Bevor ich den Faden der Unrechtspolitik der BRD von 1990 weiter verfolge, erinnern wir uns daran, wie sich nach 1945 im Teilstaat BRD, die „Demokratie“ unter dem Adenauer-Regime vollzog: Vermerkt sei dabei, dass dem Kabinett Adenauers 1949 mehr ehemalige NSDAP-Mitglieder angehörten, als dem Kabinett Hitlers 1933. Die das Dritte Reich überlebenden Kommunisten dagegen, die den größten Blutzoll gegen den Verbrecherstaat Hitlers geleistet hatten, aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern heimgekehrt, wurden erneut vor Gericht gezerrt und in Gesinnungsprozessen von ehemaligen Nazi-Richtern eingesperrt oder mit Berufsverboten bestraft. Und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde als verfassungswidrig am 17. 8. 1956 verboten, eben von jenen Nazirichtern, die einst Hitler den Treueid geleistet hatten. Die berüchtigte Praxis gegen Kommunisten, Gewerkschafter, Friedensaktivisten begann: Es gab ca 500.000 Ermittlungsverfahren, Verhaftungen und mindestens 10.000 Frauen und Männer erhielten Gefängnisstrafen. Dazu gab es Berufsverbote gegen Lehrer, Lokführer usw. Bis zum heutigen Tag wurde keiner von ihnen rehabilitiert oder entschädigt. Das konnte geschehen, weil im Jahre 1951, der Bundestag der BRD das 131-er Gesetz beschlossen hatte. Nazi- und Kriegsverbrecher wurden rehabilitiert. Damit wurde den alten Nazis der Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung in höchste Staats-, Justiz, und Militärfunktionen zurückzukehren, garantiert. Auch die alten Wirtschaftsbesitzer kehrten in ihre Chef-Sessel zurück. Das war Rechts-Extremismus, nach meiner Meinung, in Vollendung. Zugleich konnten jene braunen Unholde, die völkerrechtliche Verbrechen begangen hatten, vorzeitig aus

dem Knast entlassen werden. Keiner wurde mit Strafreute bedacht. Im Gegenteil, Hitlers Staatssekretär Schlegelberger z. B., wegen Kriegsverbrechen durch die Siegermächte rechtskräftig verurteilt, durfte 1956 vorzeitig die Haftanstalt verlassen. Ihm gewährte die Regierung Adenauer eine Pensionsnachzahlung von 160.000 DM und eine ehrenhafte monatliche Pension von 2.894 DM. In jenen Jahren verdiente ein Facharbeiter etwa 400 DM. Konrad Adenauer und sein Staatssekretär Globke, der Kommentator der „Nürnberger Gesetze“, hatten ein Herz für die alten Faschisten. Das war ihre Moral, ihre Ethik in der auch der hochkarätige Spionage-Chef Hitlers, Gehlen, seinen *Sachverstand* gegen den Kommunismus/Bolschewismus, mit Kriegsverbrechern der SS, in die junge BRD zum Kampf gegen die DDR einbringen durfte. Diese reaktionäre Politik, verehrte Frau Bundeskanzlerin, war der Nährboden für die Gründung der neofaschistischen Partei, (NPD) die 1964 entgegen Artikel 139 GG gegründet wurde. Welche Folgen das hatte, dürfte Ihnen bekannt sein. Noch heute ist der Antikommunismus die Grundform des Denkens und Handelns vieler Politiker. Zu keiner Zeit wurde in der Alt-BRD der Nazi-Faschismus, wie im Potsdamer Abkommen von den Siegermächten gefordert, ausgerottet. Rassismus, Antisemitismus und Gewalt lebt in den neuen Faschisten in Deutschland fort. Über Jahre hinweg exekutierten sie Menschen, ohne dass die Behörden handelten. Das epochale Versagen der profunden Kenner der deutschen Sicherheitsbehörden, führte zum „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU).

Bleibt noch die Frage: Warum die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit? (MfS) Daher ein Blick zurück in die Nachkriegszeit. Von den Westmächten wurde Deutschland ein Friedensvertrag vorenthalten. Die USA-Administration mit ihren Truppen an der Elbe stehend, dachte nicht daran, auch nur einen Fußbreit erobertes Gebiet freizugeben. Sie waren im Krieg zur Weltmacht Nr. 1 aufgestiegen. Die britische Welt Herrschaft war zu Ende gegangen. Der Kriegspartner Sowjetunion gegen Hitler, wurde zum Hauptfeind ernannt. Um das der Welt plausibel zu erklären, fand am 5. März 1946 im Westminster College zu Fulton (USA) eine Propagandaschau mit dem Anti-Bolschewisten und Kriegshelden Winston Churchill statt. Alle großen Rundfunkstationen der Westmächte waren dabei. In 40 Sprachen wurde die Rede Churchills übertragen. Was hatte er zu sagen? Wörtlich: „Die Vereinigten Staaten stehen in diesem Augenblick auf dem Gipfel ihrer Macht, einer Weltmacht. Es ist ein heiliger Augenblick für die amerikanische Demokratie. Mit dem Primat dieser Macht ist eine ehrfurchtserregende Verantwortung für die Zukunft verbunden ...“ Dann sprach er von „finsternen Mächten“. Damit meinte er nicht den Faschismus. Wieder wörtlich: „Ich habe viel Bewunderung für meinen Kriegskameraden Marschall Stalin ... Aber ein Schatten ist auf die Szene gefallen, die noch kürzlich durch die Siege der Alliierten erhellt war. Niemand weiß, was die Sowjetunion und seine internationalen Organisationen für den Kommunismus in der aller-nächsten Zukunft unternehmen ...“ (Konkrete Fakten hatte er nicht genannt) Er regte sogleich ein militärisches Zusammengehen der USA und Großbritanniens an. Ein Mister Pearson, ein damals bekannter Journalist der USA, schrieb: „Es ist seit langem kein Geheimnis mehr, dass eine Gruppe im State Department, einen möglichst milden Frieden mit Deutschland befürwortet, und zwar im Hinblick darauf, dass Deutschland zu einem Bollwerk gegen Russland gemacht werden müsse.“ Und da Stalin für ein entmilitarisiertes Deutschland eintrat, verhinderten die Westmächte einen Friedensvertrag. Nach dem Abschluss eines Friedensvertrages, hätten die Siegermächte (bis auf eine Gruppe zur Überwachung des Friedensvertrages) Deutschland verlassen müssen. Um die Westzonen an die Westmächte zu binden, wurde 1948 unter Führung der USA die D-Mark eingeführt und 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Seit dieser Zeit haben die westlichen Besatzer, mit den Regierungen der BRD versucht, die DDR mit den Mitteln der Hetze, der politischen Verleumdung, dem wirtschaftlichen Boykott, zu bekämpfen. Ihr Ziel: Den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu verhindern. Dementsprechend

wurde Westberlin zum Zentrum eines Agentennestes ausgebaut, wie es die Welt noch nie gesehen hatte. Westberlin wurde Frontstadt, „Pfahl im Fleische der DDR“, die „billigste Atombombe“, „Brückenkopf der Freiheit“, „Schaufenster des Kapitalismus“, „Schlupfloch im „Eisernen Vorhang“. Die junge DDR im Abwehrkampf, musste sich gegen die überlegene Feindwelt, den wütenden und mitleidslosen Ansturm der skrupellosen Kalten Krieger erwehren. Die Gefahr erkennend, schuf die DDR im Bewusstsein der Selbsterhaltung, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Ungeachtet der Fehler und Irrungen, kämpften ihre Angehörigen für Frieden und Sicherheit. Jeder Staat dieser Erde, auch die DDR, hatte das eherner Recht, sich vor übermächtigen Feinden zu schützen ...

Zu 1989/90 zurückkehrend, ist festzustellen, dass die DDR kein Teil der BRD war. „Die DDR war nach dem ‚Grundlagenvertrag‘ vom 21. Dezember 1972 kein ‚Teil Deutschlands‘, sondern, ein auch von Bonn akzeptierter selbständiger souveräner Staat und ein Völkerrechtssubjekt“. Wie Professor Erich Buchholz in seinem Buch „Gerechtigkeit sieht natürlich anders aus“, im spottles Verlag ISBN 978-3-360- 02074-1 schreibt. Daraus ergab sich, dass „Die letzte Volkskammer der DDR darum auch kein Recht hatte“, wie Professor Erich Buchholz im genannte Buch fortfahrend erklärte, „den eigenen Staat unter Aufgabe der Souveränität einem anderen Staat durch *Beitritt* anzuschließen, wie es tatsächlich geschah.“ Fortfahrend schreibt Professor Erich Buchholz: „Soweit die Volkskammer mit einer kohlhörigen Mehrheit der BRD um (einen rechtlich zulässigen) *Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes* ersuchte, war dies im klassischen Sinne des Wortes ‚Hochverrat‘ ein Kapitalverbrechen.“ Was bleibt: Der *Beitritt* war Annektierung. Und die sogenannte Friedliche Revolution, war schlicht eine Konterrevolution, denn mit dem *Beitritt* wurden die alten kapitalistischen Verhältnisse restauriert. Der Osten gehörte wieder den Ausbeutern.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, seit 1990 ist mein Sohn Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Auch in diesem Lande hat er als Staatsbürger ehrenhaft mit seiner Familie gelebt. Warum, das frage ich Sie, werden diesem Mann, (wie allen mit Strafrechte belegten) die im Grundgesetz garantierten bürgerlich-demokratischen Grundrechte verwehrt?

Im Artikel 1. des Grundgesetzes heißt es: „*Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*“ Und im Artikel 3. GG steht: (1) „*Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.* (2) *Männer und Frauen sind gleichberechtigt.* (3) *Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.*“

Ich erlaube mir, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie daran zu erinnern, dass auch Sie in der DDR studiert und Ihren Beruf dort ausgeübt haben. Sie haben an der Akademie der Wissenschaften der DDR gearbeitet. Wie bekannt, wurden für diese staatliche Einrichtung unter den Bewerbern die Würdigsten ausgewählt. D.h., Ihre Treue zur DDR stand damals bei Ihrer Einstellung auf den Prüfstand. Trotz ihrer DDR-Vergangenheit, durften Sie in der BRD Bundeskanzlerin werden. Bitte, setzen Sie sich mit Ihrer ganzen Persönlichkeit als Bundeskanzlerin für Recht und Gesetz auch im Rentenrecht ein. Beseitigen Sie das bestehende Unrecht und die permanente Denunziation, einschließlich der Sanktionen gegen ehemalige Personengruppen der DDR, die zu den Strafrechnern politisch herabgewürdigt wurden, damit Rechtsfrieden und Rechtssicherheit in Deutschland einkehrt.

Zum Abschluss, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wünsche ich Ihnen Gesundheit und viel Kraft für eine Politik des Friedens und der Gerechtigkeit. Zeigen Sie Mut und Entschlossenheit, damit jeder Bürger im Rechtsstaat BRD gerecht behandelt wird. Beenden

Sie die Absurditäten, die im neu gefassten „Stasi-Unterlagen Gesetz“ stehen. Beenden Sie die Sippenhaft von ehemaligen Personen der DDR, die mit einer Strafreute abgestraft wurden. Beenden Sie die Diskriminierungen von ehemaligen Bürger der DDR. Sorgen Sie für die Verwirklichung der Menschenrechte! Beweisen Sie Herrn Professor Arnulf Baring, der nach *Bild* Deutschlands klügster Kopf ist, dass wir ehemaligen DDR-ler weder „verzwergt“ noch „verhunzt“ sind, wie er in seinem Werk: „Deutschland, was nun?“ er u.a. erklärte. Ach ja, und unser Wissen als ehemalige DDR-Bürger, wäre ja auf weiten Strecken unbrauchbar! Konnte Baring ernsthaft damit rechnen, dass sogar eine ehemalige Bürgerin der DDR zur Bundeskanzlerin gewählt wird?

Binsenwahrheiten werden zu Offenbarungen. So schrieb einst im vorigem Jahrhundert Anatole France, die bürgerliche Gesellschaft beleuchtend: „Die Gesetze verbieten in ihrer majestätischen Gleichheit den Reichen wie den Armen zu betteln, unter Brücken zu schlafen und Brot zu stehlen.“ Und Egon Krenz schreibt in seinen Gefängnisnotizen: „Sieger schreiben nicht nur Geschichte, sie liefern auch die Interpretation.“ Und „Der Vergangenheit entgeht niemand“ schreibt Professor Dr. Kurt Pätzold in spottles Verlag des Neuen Berlin. Hinzu gesellt sich der Philosoph Ernst Bloch, von ihm stammt: „Das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse.“

Beweisen Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dass Sie mehr können als Banken und Finanzjongleure zu retten, und Ihre Augen Weisheit und Gerechtigkeit gegenüber jedermann ausstrahlen vermögen.

Mit freundlich Grüßen

Kurt Friedrich Neubert

Mitglied der Initiaivgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR)